

Das soziale Gewissen der Superreichen

Wohin mit dem vielen Geld?

In der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Welt gibt es immer wieder jene Superreichen, denen Glück und unternehmerisches Geschick zu einem privaten Milliardenvermögen schier unermesslicher Größe verhelfen. Diese Personen wachsen irgendwann heraus aus dem Milieu jener nur Reichen, die ihr Geld noch zum Vorteil ihres Unternehmens, zur Bestätigung und Förderung eigenen Gedankenguts, zur vorausschauenden Versorgung von Nachkommen oder zur Befriedigung persönlicher Marotten verwenden. Während manche Reichen sich noch mühen, mit den Mächtigen zu paktieren, Parteien mitzufinanzieren, Politiker günstig zu stimmen, Fußballvereine zu kaufen oder sonstwelche persönliche Befriedigung aus ihrem Reichtum zu ziehen, unternehmen manche Superreichen wirklich glaubhafte Anstrengungen, moralisch unbedenkliche Verwendung für ihren Reichtum zu finden. Für Menschen wie Bill Gates, Warren Buffet, George Soros und viele andere stellt sich daher früher oder später die Frage, was mit dem ihnen zugefallenen überschüssigen Reichtum geschehen soll. Noch zu Lebzeiten stehen sie vor dem Problem, moralisch und ökonomisch sinnvolle Verwendungen für ein sonst nutzloses Riesenvermögen zu finden.

Natürlich fehlt es niemals an Menschen, die an solchem Reichtum nur allzu gern teilhätten. Wollte ein Superreicher sein überschüssiges Vermögen blindlings verschenken, gäbe es wenige, die sich nicht von ihm beschenken lassen wollten. Ließe beispielsweise ein Superreicher wie Bill Gates jedem Bürger seines Landes hundert Dollar zukommen, wäre damit sein Vermögensverwertungsproblem in der Tat elegant gelöst. Der überschüssige Reichtum wäre verteilt, und dies wäre sogar auf eine halbwegs sinnvolle Weise geschehen. Noch weit sinnvoller könnte es sogar sein, wenn ein Superreicher eines reichen Landes ein solches Geldgeschenk den Bürgern eines kleineren armen Landes machte. Jedem Bürger des Irak beispielsweise tausend Dollar zu schenken, um damit einen Teil des dem Land zugefügten kriegsrischen Unrechts heilen zu helfen, wäre eine Geste, mit der Superreiche wie Gates und Buffet nicht nur ihren guten Willen beweisen, sondern auch moralische Überlegenheit gegenüber der Regierung des eigenen Landes demonstrieren könnten. Sie könnten sich damit zudem einen Eintrag in die Fußnoten künftiger Geschichtsbücher sichern.

Natürlich wollen die Superreichen bisher etwas ganz anderes. Sie wollen beispielsweise nicht, dass ihr überschüssiges Vermögen allzu breit gestreut wird. Sie wollen eher gezielte Einzelmaßnahmen mit möglichst deutlich erkennbaren Einzeleffekten. Sie wollen zwar mit ihrer Geldgabe im Allgemeinen nicht politisch Partei ergreifen, aber sie wollen auch als Geldgeber keine Außenseiterrolle einnehmen. Stand der Dinge ist daher, dass Unternehmer große überschüssige Vermögen vorzugsweise in zweckgebundene Stiftungen einbringen. Sie gründen häufig eigene Stiftungen, sie nehmen Einfluss auf deren Zielsetzung, und sie entscheiden – zumindest indirekt – in Einzelfällen auch über

deren konkrete Maßnahmen. Dem Staat dagegen wird solches überschüssige Vermögen niemals anvertraut.

Staatstreue trotz Staatsferne: Die strukturkonservative Rolle großer Stiftungen

Stiftungen leisten wichtige Arbeit. Sie leisten wichtige humanitäre Hilfe, sie fördern nützliche wissenschaftliche und kulturelle Projekte, sie vergeben hilfreiche Stipendien, und sie unterstützen viele Nichtregierungsorganisationen. Dennoch sind die Leistungen großer Stiftungen von einer gewissen Beliebigkeit geprägt. Stiftungen reicher Geldgeber fragen sich selten, ob sie wirklich Unersetzliches leisten, ob die von ihnen geförderten Projekte nicht auch auf andere Weise zustande kämen oder ob die geleistete humanitäre Hilfe wirklich den Bedürftigsten zugute kommt. Sie versuchen, ihren Sinn und ihre Daseinsberechtigung den Stiftern, deren Nachkommen oder sich selbst zu beweisen, und dies erreichen sie eher, indem sie sich in ein vorgefundenes Umfeld von Überzeugungen und Ideologien einpassen, als wenn sie sich diesem Umfeld widersetzen. Stiftungen spielen daher zumeist eine in der Öffentlichkeit wenig kontroverse Rolle.

Das jeweilige Umfeld von Überzeugungen und Ideologien, in dem eine Stiftung agiert, ist natürlich immer auch vom bestehenden Staat geprägt. Die Stiftungen der Superreichen spielen daher, wenn sie sich diesem Umfeld anpassen, schon dadurch eine gewissermaßen staatstragende Rolle. Darüber hinaus stützen sie aber den bestehenden Staat noch auf andere Weise. Dies tun sie, indem sie Aufgaben wahrnehmen, die eigentlich Angelegenheit des Staates wären. Die Superreichen springen mit ihrem überschüssigen Vermögen für ihren Staat in die Bresche, wo dieser seinen sozialen, wissenschaftlichen oder kulturellen Aufgaben nicht oder ungenügend nachkommt, wo er also beispielsweise Bedürftige unbetreut lässt, Wohlstandschancen vereitelt, die Ausbreitung gefährlicher Epidemien nicht verhindert oder Kulturgüter vernachlässigt. Auf solche Weise aber tragen Superreiche dazu bei, staatliche Inkompetenz und staatliche Ineffizienz zu verschleiern. Die von ihnen getragenen Stiftungen machen es damit - gewollt oder ungewollt - Staaten leichter, ihre Bürger über staatliches Unvermögen hinwegzutäuschen, und sie helfen damit, unzulängliche staatliche Strukturen zu erhalten.

Manchen Superreichen mag insgeheim sogar daran gelegen sein, dass der Staat an wichtigen Aufgaben scheitert, weil sich gerade damit sinnvolle Verwendungen für überschüssiges privates Vermögen eröffnen. Auch Durchschnittsbürger hätten wenig Grund, über Unvollkommenheiten des Staates zu klagen, solange superreiche Privatleute diese genügend kompensierten. Gerade in jüngerer Zeit scheint tatsächlich ein wachsender Anteil der Bürger bereit zu sein, über bedeutende Unzulänglichkeiten des Staates hinwegzusehen. Man findet sich ab mit einem Staatsversagen, dessen Auswirkungen durch so genannte zivilgesellschaftliche Engagements zu einem gewissen Grade geglättet werden, also auch durch Engagements, die durch überschüssiges Geld von Superreichen finanziert werden.

Es gäbe in der Tat guten Grund, solche Zustände hinzunehmen, wenn das Versagen von Staaten auf diese Weise weitgehend kompensiert würde. Eben dies aber vermag das private, zivilgesellschaftliche Engagement nicht zu leisten. Die Unzulänglichkeiten bestehender Staaten sind viel zu groß, als dass der Einsatz privaten Reichtums und privates Engagement sie jemals auch nur annähernd ausgleichen könnte. Noch nie und

nirgendwo ist es gelungen, mit privaten Mitteln umfassend sozialem Elend vorzubeugen, nachhaltigen Frieden zu stiften und eben jene Art von Kultur zu fördern, die vor dem Hintergrund sicheren Friedens und sozialer Gerechtigkeit gedeihen würde. Es gibt auch keinerlei Anzeichen dafür, dass dies in Zukunft je gelingen könnte. Das gespendete Geld der Superreichen bleibt daher, auch wenn es Ausweis eines noch so aufrichtigen guten Willens sein mag, letztlich ein Tropfen einen glutheißen Stein.

Zudem wäre es natürlich absurd, an Unvollkommenheiten des Staates nur deswegen festzuhalten, weil sich damit ein lohnendes Feld für zivilgesellschaftliches Engagement der Superreichen eröffnet. Ziel allen politischen Fortschrittsbemühens sollte im Gegenteil sein, den Staat so zu vervollkommen, dass Superreiche immer weniger noch für dessen Unvollkommenheiten in die Bresche springen müssen. Es sollte also früher oder später dafür gesorgt sein, dass Stiftungen von Superreichen eher schmückendes Ornament eines gut funktionierenden Staatswesens sind als notwendige Ergänzung eines schlecht funktionierenden.

Die Alternative: Privates Vermögen für staatliche Institutionen

Eine nur schmückende Rolle in einem gut funktionierenden Staat mag vielen Reichen genügen. Manchen Superreichen dagegen könnte diese Rolle zu unbedeutend sein, und die Verwendung manchen Riesenvermögens mag sich in solcher Rolle auch zu sehr in Beliebigkeit verlieren. Wenn es aber für private Riesenvermögen in einem gut funktionierenden Staatswesen keine angemessenen privaten Verwendungen mehr gäbe, dann gäbe es doch eine sinnvolle Alternative. Der gut funktionierende Staat selbst nämlich könnte würdiger Empfänger gestifteten privaten Großvermögens werden. Ein guter Staat könnte in der Tat die hierfür notwendige moralische Statur aufweisen, und er könnte auch die notwendige Kompetenz für einen effizienten Umgang mit gespendetem Geld gewinnen. Wäre der Staat in diesem Sinne wirklich gut genug, könnten Superreiche sich des moralischen Respekts der Öffentlichkeit nicht besser als durch Spenden an dessen Instanzen versichern. Auch vor sich selbst könnten sie auf keine andere Weise moralisch besser bestehen.

Die politischen Realitäten sind vorerst natürlich ganz andere. Ein Staat von solcher Qualität, der ein ebenso anerkannter wie gesuchter Empfänger überschüssigen privaten Reichtums wäre, ist bisher reine Utopie. Es gibt bisher keine staatlichen Institutionen, denen die superreichen Geber ihr überschüssiges Geldvermögen überlassen könnten, ohne dass sie an der moralischen wie auch der ökonomischen Vernünftigkeit der Verwendung ihrer Gelder zweifeln müssten. Auch suprastaatlichen Institutionen fehlt es entweder an moralischer Statur oder an Sachkompetenz, um als Empfänger überschüssigen privaten Vermögens hinreichend qualifiziert zu sein. Daher kann es auch nicht wundern, wenn die Superreichen ihr Geld bisher keinem Staat anvertrauen, keiner EU, nicht den Vereinten Nationen und schon gar nicht einer Institution wie der NATO, so sehr diese auch rhetorisch um den Anschein von Moral und Effizienz bemüht sein mögen. Eher noch sind es bestehende staatskritische Nichtregierungsorganisationen, denen ein kleiner Teil des Reichtums der Superreichen zufällt.

Den Staat, der ihres Geldes würdig wäre, können sich die Superreichen natürlich nicht selbst erschaffen. Sie können dies schon deswegen nicht, weil die Schaffung überschüs-

sigen privaten Superreichtums auf ganz anderen Talenten und Schicksalsfügungen beruht, als sie für die Erfindung sinnvoller Verwendungen solchen Reichtums nötig sind. Wer über solchen überschüssigen Reichtum verfügt, sollte daher moralisch unangreifbare und effiziente Verwendungsmöglichkeiten möglichst schon vorfinden. Er sollte möglichst auch den Staat in einer Verfassung vorfinden, die ihn zweifelsfrei als Begünstigten privater Vermögensspenden legitimiert.

Die Schlussfolgerung hieraus ist so einfach wie naheliegend, auch wenn sie für den Staat nicht umstürzlerischer sein könnte. Staatliche Institutionen, die aus Sicht der Superreichen privaten Stiftungen als Spendenempfänger überlegen oder ebenbürtig sind, könnten in keinem anderen als einem neokratischen Staatswesen wachsen. Nicht ein allzuständiger Staat herkömmlichen Schlages, in dem Politik noch als ein Ganzes behandelt und inszeniert wird, würde sich jemals als Empfänger überschüssigen Superreichtums qualifizieren, aber eine einzelne unabhängige Staatssparte in einem neokratischen Staatswesen könnte es.

Wenn Superreiche Geld stiften, dann soll dies gezielt vorrangigen Zwecken wie der Linderung sozialer Not, der Friedenssicherung oder der Förderung von Wissenschaft und Kultur dienen. Gäbe es staatliche oder zumindest staatsähnliche Institutionen, die sich eben diesen Zielen mit ganz und gar zweifelfreier Kompetenz widmen, dann wäre es nur konsequent, privates Vermögen auch oder sogar vorrangig solchen staatlichen oder staatsähnlichen Institutionen zu spenden. Dann wäre das soziale Gewissen von Superreichen auch und vor allem durch die Geldgabe an solche öffentlichen Institutionen zu befriedigen.

Eine spezialisierte Staatssparte etwa, die nur für Friedenssicherung zuständig wäre, oder eine spezialisierte Staatssparte für gesellschaftliche Solidarität könnte jene moralische Statur und jene Sachkompetenz erwerben, die von einem Empfänger großer privater Vermögensspenden erwartet werden. Möglich wäre dies nicht nur für Staatssparten auf einzelstaatlicher Ebene, sondern auch für spezialisierte suprastaatliche Institutionen. Ein spezialisierter internationaler Friedensrat etwa, der weltweit für die Korrektur historischen Unrechts zuständig wäre, ist als würdiger Empfänger privater Großspenden durchaus vorstellbar.

Ein solcher Friedensrat könnte seine finanziellen Mittel dafür einsetzen, einzelnes historisches Unrecht durch materielle Entschädigungen an die betroffenen Bürger zu korrigieren. Er könnte mithilfe von Geld dafür sorgen, dass einzelne Staatsgrenzen im Nachhinein legitimiert oder dass neue Staatsgrenzen gezogen werden, ohne dass dabei unliebsame Staatszugehörigkeiten aus materieller Not hingenommen werden müssten. Er könnte insbesondere Bürger in die Lage versetzen, zwischen dem Bleiben in dem einen und der Umsiedelung in einen anderen Staat ohne materiellen Zwang zu wählen. Wenn es eine solche Institution tatsächlich gäbe, dann könnte überschüssiges privates Vermögen kaum Sinnvolleres bewirken, als deren friedensstiftende Politik mit gespendetem Geld zu stärken.¹

¹ S. hierzu auch „Die Korrektur historischen Unrechts“ in www.reformforum-neopolis.de sowie B. Wehner, Prämierung des Friedens, Alternativen zum ‚humanitären Krieg‘, Wiesbaden 1999.

Auch auf die Umverteilung von Wohlstand spezialisierte Solidarsparten, wie sie sich in einem neokratischen Staatswesen entwickeln würden, könnten als Empfänger größerer privater Geldspenden qualifiziert sein, und Gleiches würde für spezialisierte Staatssparten im Bereich Kultur und Wissenschaft gelten. Mit solchen Institutionen könnte eine neokratische Staatsordnung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das soziale Gewissen der Superreichen auch und vor allem durch Spenden an staatliche Adressaten befriedigt wird. Dass dies irgendwann tatsächlich gelingt, wird umso wichtiger werden, je mehr überschüssiger privater Reichtum in der globalisierten Wirtschaft entsteht und je mehr solcher Reichtum nach moralisch und ökonomisch schlüssiger Verwendung sucht.

09 – 2007

www.reformforum-neopolis.de